

# Axpo-Vertrag steht kurz vor dem Scheitern

Wie die vorberatende Schaffhauser Parlamentskommission hält auch die Zürcher Kommission für Energie Verkehr und Umwelt wenig vom neuen Axpo-Vertrag, der den Gründungsvertrag ersetzen soll. Wie in Schaffhausen kam es zur Allianz von SP und SVP.

Dario Muffler

ZÜRICH/SCHAFFHAUSEN. Das wars dann wohl mit einem neuen Vertrag. Die Axpo hätte gerne ihren Gründungsvertrag aus dem Jahr 1914 durch einen neuen ersetzt. Diesem neuen Vertragswerk müssen aber sämtliche neun Eigner zustimmen. Im Fall des Kantons Zürich dürfte dies nicht geschehen. Denn die überparteiliche vorberatende Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) lehnt die Ablösung des Gründungsvertrags durch einen neuen Vertrag ab, wie sie gestern mitgeteilt hat.

Einig ist sich die KEVU zwar darin, dass die Axpo ein neues Vertragswerk braucht, weil der ursprüngliche Vertrag veraltet ist. Die Mehrheit der Kommission befürchtet jedoch, der neue Vertrag gewährleiste nicht, dass die Wasserkraftwerke und die Stromnetze im Besitz der öffentlichen Hand der Schweiz bleiben.

Denn als gravierenden Mangel bezeichnet eine Mehrheit der Kommission, dass zentrale Bestimmungen des Aktionärsbindungsvertrags nur für eine beschränkte Dauer von acht Jahren gelten, heisst es in der Mitteilung. «Kann sich nach acht Jahren keine Mehrheit der Eigentümer auf eine neue Strategie einigen, besteht aus Sicht der Kommissionsmehrheit die Gefahr, dass sensible Teile der Stromversorgung verkauft oder unerwünschte Beteiligungen eingegangen und Investoren eingebunden werden», schreibt die Kommission.

## Angst vor chinesischen Investoren

In einer gemeinsamen Mitteilung unterstreichen SVP, SP, Die Mitte und die EVP des Kantons Zürich ihre Einwände: «Diese Befürchtungen sind angesichts des grossen Interesses zum Beispiel chinesischer Investoren an europäischer Infrastruktur alles andere als aus der Luft gegriffen.» Die Stromversorgung sei systemrelevant und müsse in öffentlicher Hand bleiben.

Die Mehrheitsverhältnisse im Zürcher Kantonsrat lassen den Schluss zu, dass das Parlament der Empfehlung der Fachkommission an einer seiner nächsten Sitzungen folgen und die Inkraftsetzung des Vertrags ablehnen wird.

Einzig FDP, GLP und Grüne haben in der Kommission der Vorlage zugestimmt. Sie wollen der Axpo möglichst rasch ein modernes Vertragswerk geben. Es sei illusorisch, noch Nachverhandlungen zu führen und den anderen



Das Kernkraftwerk Beznau I ist im Besitz der Axpo.

BILD KEY

## Die Axpo

Die Axpo ist das grösste Schweizer Energieunternehmen. Neben den Kernkraftwerken Beznau I und II sowie Teile von Gösgen und Leibstadt gehören ihr diverse Wasserkraftwerke. 100 Prozent der Aktien befinden sich in öffentlicher Hand. Der Kanton Schaffhausen hält rund acht Prozent, was einem Wert von rund 500 Millionen Franken entspricht. Der Kanton Zürich und die Elektrizitätswerke des Kantons Zürichs besitzen zusammen einen guten Drittel der Aktien.

Aktionären ein «Zürich Finish» aufzudrücken, schreibt die Minderheit der Kommission.

Genau solche Nachverhandlungen planen aber SVP, SP, Mitte und EVP, wie sie schreiben. Mittels eines Vorstosses im Kantonsrat wollen sie die Zürcher Regierung dazu bringen, möglichst rasch einen neuen Vertrag mit den Bedingungen zu verhandeln, welche die Kommissionsmehrheit aufgestellt hat.

## Gleiches Bild wie in Schaffhausen

Vor fünf Jahren hatte man die Verhandlungen für eine Ablösung des Gründungsvertrags in Angriff genommen. Dieser wurde 1914 unterzeichnet, damals hiess die Axpo noch Nordostschweizerische Kraftwerke AG. Das Ziel des neuen Vertrags: Auf die Entwicklungen auf dem Strommarkt reagieren.

Während die meisten Aktionäre dem neuen Vertrag schon zugestimmt haben, stehen die Entscheide in Zürich und Schaffhausen noch aus. Widerstand zeichnete sich im bevölkerungsreichsten Kanton der Schweiz schon bald ab. SVP und SP meldeten sich in Zürich schon 2019 zu Wort und verlangten, dass das vorliegende neue Vertragswerk, bestehend aus Aktionärsbindungsvertrag und Eignerstrategie, angepasst werde.

Auch in Schaffhausen publizierten SVP und SP schon 2019 eine gemeinsame Erklärung zur Axpo, worin sie festhielten: Wenn nicht auf ihre Forderungen eingegangen würde, dann würden sie den neuen Vertrag ablehnen. Sie fürchteten, dass der Axpo ein Freipass gegeben werde, strategisch wichtige Wasserkraftwerke und das Hochspannungsnetz ins Ausland zu verkaufen. Dies sollte dem Energiekonzern im neuen Vertragswerk explizit verboten werden.

Diesen September hat die vorberatende Kommission des Schaffhauser Kantonsparlaments die Zustimmung zum neuen juristischen Gerüst deutlich verweigert (die SN berichteten). Das Parlament dürfte dieser Empfehlung entgegen dem Antrag der Regierung folgen.

Kommt es zur Ablehnung, sagte der Schaffhauser Bau- und Energiedirektor Martin Kessler (FDP) den SN im März, müsse sich Schaffhausen überlegen, seinen Anteil zu verkaufen. Gemäss dem geltenden Vertrag von 1914 kommen als Käufer aber nur die anderen Aktionäre infrage. Auch diese Verhandlungen dürften schwierig werden.

# Immer mehr brauchen einen Beistand

Viele junge Erwachsene kiffen, gamen oder haben keine Tagesstruktur. Sie brauchen deshalb Unterstützung, um ihr Leben zu bewältigen.

Kari Kälin

Die Feststellung lässt aufhorchen: Immer mehr junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren benötigen einen Beistand. Dies geht aus einem aktuellen Bericht der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (Kokes) hervor. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kesb stellt erwachsenen Personen einen Beistand zur Seite, wenn sie wegen schwerwiegender persönlicher Probleme nicht mehr in der Lage sind, ausreichend für sich selbst zu sorgen – und wenn ihre persönliche Würde gefährdet ist. Bei einer Gefährdung des Kindeswohls erhalten Kinder einen Beistand.

Konkrete Zahlen zu den jungen Erwachsenen kann die Kokes keine nennen; sie stützt ihre Aussagen auf Rückmeldungen aus Beistandschaften. Zah-

len der Kesb der Stadt Luzern bestätigen die Aussagen der Kokes. Registrierte sie 2015 noch 15 neue Beistandschaften für 18- bis 25-Jährige, so stieg diese Zahl bis 2020 auf 26 an, wie die Kesb auf Anfrage dieser Zeitung sagt.

## In der Abwärtsspirale

Die klassischen Problemfälle beschreiben Personen von der Front so: Die jungen Erwachsenen kiffen, gamen exzessiv, haben Bildungsdefizite, keinen Job, keine Tagesstruktur, psychische Probleme, Stress mit der Familie, brechen Berufstrainings ab, befinden sich in einer Abwärtsspirale. Peter Senn, Geschäftsführer des Gemeindeverbandes Soziale Dienstleistungen der Region Lenzburg im Kanton Aargau, sagt: «Oft fehlt es an der Diversifizierung, Niederschwelligkeit und Flexibilität von Angeboten für die Altersgruppe der 18- bis 25-jährigen jungen Erwachsenen, die mit den spezifischen Schwierigkeiten dieser Lebensphase wie Lehrabbrüche, Unzuverlässigkeit oder Persönlichkeitsreife konfrontiert sind.» Gerade für diese Gruppe müssten Berufsbeistände viel Zeit auf-

wenden, um die Betroffenen wieder zurück auf die Spur zu führen. Haben sie das? Hört man sich in der Branche um, ist von einem hohen Zeitdruck die Rede – gerade dann, wenn bei mehreren zu betreuenden Personen gleichzeitig akute Probleme auftauchen.

Für die Kokes ist klar: Die fachlichen und persönlichen Kompetenzen von Beistandspersonen genügen nicht mehr,

damit sie ihr Mandat im «wohlverstandenen Interesse» der betroffenen Personen ausüben können. Die Feststellung gilt generell, nicht nur für die jungen Erwachsenen. Zentral sei, dass die Bestandspersonen über genügend Zeit verfügten, um ein Vertrauensverhältnis aufbauen zu können. Mit anderen Worten: Die Personen, die unter Beistand stehen, sollen nicht nur

«verwaltet», sondern vielmehr befähigt werden, ihr Leben wieder selber zu meistern.

## Klagen über Beistände

Nicht immer gelingt es, dieses Vertrauensverhältnis zu etablieren. Die Anlaufstelle Kindes- und Erwachsenenschutz (Kescha) ist eine Anlaufstelle für Personen, die wegen einer Massnahme im Kindes- und Erwachsenenschutz in Konflikt mit den Behörden stehen. 40 Prozent der 1324 gemeldeten Fälle im letzten Jahr betrafen Klagen über Beistände, oftmals fühlten sich Personen von ihnen zu wenig unterstützt. Häufig werden auch die vielen Wechsel bei den Beistandspersonen moniert.

Überraschend sind die Konflikte nicht. Die Beistände beschneiden von Amtes wegen die Selbstbestimmung der Betroffenen. Ignaz Heim, Präsident des Schweizerischen Verbandes der Berufsbeistandspersonen (SVBB), sagt, man könne nicht alle Probleme den Beiständen anlasten: «Mit gewissen Personen ist eine Zusammenarbeit fast unmöglich, weil sie nicht verstehen, dass sie Hilfe brauchen.»



Kiffen, gamen, keine Tagesstruktur: Immer mehr junge Erwachsene brauchen einen Beistand.

BILD KEY